



Mehr als 600 Personen verfolgten am Freitagabend in der Aula des Bildungszentrums Zofingen den verbalen Schlagabtausch. SIGGI BUCHER

FAHRLÄNDER

Hans Fahrländer



Grundlage für Spitalliste ist rechtswidrig

DIE REGIERUNG hat vor Erstellung der Spitalliste 2012, mit welcher sie den Spitalern Leistungsaufträge erteilt (oder entzog), etwas Wichtiges vergessen: Sie hat die bundesrechtlich vorgeschriebene Wirtschaftlichkeitsprüfung nicht durchgeführt. Damit ist die gesamte Versorgungsplanung der Regierung ungültig. Das Bundesverwaltungsgericht hat folgerichtig eine Beschwerde des Kantonsspitals Baden (KSB) gegen den Entzug von Leistungsaufträgen gutgeheissen. Darüber berichtete die «Aargauer Zeitung».

ANFANG WOCHE dementierte das Gesundheitsdepartement ungehalten: Nicht die gesamte Spitalliste sei ungültig. «Das Urteil bezog sich auf die Anwendung der Liste in Bezug auf Leistungen des Kantonsspitals Baden.» Tatsächlich? Zitat aus der Urteilsbegründung: «Damit ist die gesamte Versorgungsplanung der Vorinstanz (also der Regierung, Red.), welche Grundlage für die Spitalliste bildet, bundesrechtswidrig erfolgt.» Grundlage ungültig, Liste nicht? Das ist wahrlich kein Debattierfeld für Laien!

ITEM. LASSEN WIR DAS. Und fragen uns dafür: Hat der Entscheid des Bundesverwaltungsgerichts Einfluss auf die Absicht der Regierung, gewisse Leistungen in Baden nicht mehr anzubieten, sondern nur noch im Kantonsspital Aarau? Direkt nicht. Die Richter haben nicht gesagt, die Regierung dürfe keine Leistungsaufträge mehr entziehen. Sie haben nur gesagt: Bevor ihr das macht, müsst ihr eine Wirtschaftlichkeitsprüfung durchführen. Doch indirekt dürfte der Entscheid die künftige Planung durchaus beeinflussen: Wenn die Wirtschaftlichkeit (und nicht die Politik oder das Gefühl) entscheidender Faktor für die Erteilung eines Leistungsauftrags ist – dann haben die Badener gute Karten: Sie haben längst bewiesen, dass sie mit ihrer aktuellen Angebotspalette hervorragende Abschlüsse hinlegen können.

DERWEIL STECKEN die Badener in intensiven Zusammenarbeit-Verhandlungen mit den Partnern in Aarau. Vielleicht gibt es ja wirklich Leistungen, die man an einem Standort konzentrieren kann. Aber die Fachleute in den Spitalern möchten selber sagen, welche und wo – und das nicht der Regierung überlassen.

hans.fahrlaender@azmedien.ch

Das Duell der Polit-Antipoden

Auf getrennten Routen hin zu unterschiedlichen Ausformungen einer künftigen Schweiz

Grosser Polit-Showdown mit den Nationalräten Blocher (SVP) und Wermuth (SP) in Zofingen. Wohin geht die Schweiz, wohin soll sie gehen? Einen Konsens gab es in keinem einzigen Moment der Debatte.

VON BEAT KIRCHHOFER

Vor einem Jahr, in der heissen Phase des Grossratswahlkampfes 2012, wäre das undenkbar gewesen: SP und SVP des Bezirks Zofingen organisieren gemeinsam einen Politanlass. Zu tief waren die Gräben zwischen den beiden Parteien. Eingeladen wurden drei Leute, die polarisieren. Als Diskussions Teilnehmer die Nationalräte Christoph Blocher (SVP/ZH) und Cédric Wermuth (SP/AG), als Moderator «Weltwoche»-Chefredaktor Roger Köppel, ein Journalist, der es geniesst, mit seinen Artikeln, Kommentaren, aber auch seinen Worten anzuecken. «Versteht jemand im Saal unseren Dialekt nicht? Ich werde die Diskussion dennoch in Mundart führen.»

BLOCHER GEGEN WERMUTH und in der Mitte Köppel: eine Affiche, welche mehr als 600 Personen (darunter sehr viele junge Leute im Sog Wermuths) trotz schönstem Spätsommerabend und Qualifikationsspiel für die Fussball-WM in die Aula des Bildungszentrums Zofingen lockte. Die Stimmung, die war wie bei einem Fussballmatch. Es standen sich nicht nur auf dem Podium zwei Kontrahenten gegenüber. Auch das Publikum bestand grossmehrerlich aus zwei klar abgegrenzten Lagern, die sich mit Zwischenrufen bei gegnerischen Voten und Applaus für den eigenen Mann in nicht gerade konsensdemokratischer Art und Weise bemerkbar machten.

EINEN KONSENS, den gab es auch auf dem Podium nicht. Einstiegsfrage Köppels an Wermuth: «Stimmt es, dass das Kommunistische Manifest Ihr Lieblingsbuch ist?» Er habe das in Facebook so geschrieben. «Die Idee, der Gedanke hinter dem Manifest ist interessant und vieles auch heute noch aktuell.» Blocher: «Ich habe den Schunken auch gelesen. Er ist für mich kein Referenzwerk. Ich stütze



«In Bundesbern werden EU-Gesetze wortwörtlich in Schweizer Recht übernommen, weil unsere Beamten in die EU wollen.»

CHRISTOPH BLOCHER

mich lieber auf mich selbst.» Was hat die beiden «politisiert»? Wermuth: Die 18-Prozent-Initiative, mit der Philipp Müller (inzwischen Nationalrat und FDP-Parteipräsident) den Ausländeranteil plafonieren wollte. «Diese grobe Ausgrenzungsinitiative hat mich schockiert.» Blocher: «Ich war in den 60er-Jahren als Werkstudent an der Uni. 90 Prozent der Studenten waren links und stammten meist aus sehr guten Häusern.»

«**WOHIN GEHT DER WEG** der Schweiz?» hiess das eigentliche Thema. «Schadet oder nützt der Schweiz ein EU-Beitritt?», wollte Köppel wissen? Für Wermuth war die Frage falsch gestellt. «Europa existiert. Doch welches Europa wollen wir? Jenes der Finanzoligarchen oder ein Europa der Politik, der Demokratie?» Und: «Die Schweiz ist bereits eine Mustereuropäerin. Es gibt kein EU-Land, das so rasch EU-Recht umsetzt und dennoch nichts zu sagen hat.» Köppel an Blocher: «Ist die



«Wenn alle Politikerinnen und Politiker in einer Sache einer Meinung sind, dann schreibt die «Weltwoche» dagegen.»

ROGER KÖPPEL (MIT SCHALKHAFTEM UNTERTON)

Unabhängigkeit der Schweiz nicht ein Mythos? Faktisch ist kaum möglich, EU-Recht nicht zu übernehmen.» Blocher: «In Bundesbern werden EU-Gesetze wortwörtlich in Schweizer Recht übernommen, weil unsere Beamten in die EU wollen.» Aber unser Land bleibe ein Sonderfall, «weil bei uns die betroffenen Bürger über ein Gesetz entscheiden». Das gebe es in der EU nirgendwo. Die Schweiz ist für Wermuth keine Musterdemokratie, das zeige das Beispiel der Unternehmenssteuerreform, bei der man dem Volk falsche Zahlen vorgelegt habe. «Die Demokratie ist von innen, durch die bürgerliche Mehrheit bedroht.»

DIE 1:12-INITIATIVE. Wermuth will die Umverteilung. Nicht nur mit dieser Initiative. «Die Reichen haben sich in den letzten 20 Jahren schamlos weiter bereichert.» Der Wert der Demokratie habe auch einen materiellen Gehalt. Für Blocher ist der Ansatz der «1:12-Initiative



«Die Idee, der Gedanke hinter dem Kommunistischen Manifest ist interessant und vieles auch heute noch aktuell.»

CÉDRIC WERMUTH

falsch. Er will das Eigentum der Aktionäre vor raffgierigen Managern schützen. Aber der Eigentümer und nicht der Gesetzgeber soll entscheiden, was ihm das Management wert ist. Wermuth findet, dass Unternehmensvermögen und -gewinne zum Volkseigentum gehören. «Wir müssen das Geld zurück an die Gesellschaft verteilen.» Bei den Salären sei es «pervers», zu welchen tiefen Löhnen das Pflegepersonal arbeiten muss. «Wir benötigen gesetzliche Mindestlöhne.» Davon warnt Blocher. Mit gesetzlichen Lohngarantien habe sich Frankreich seine aktuellen Schwierigkeiten eingehandelt. «Mit Mindestlöhnen würden wir auch in der Schweiz Berufseinstiegern die Jobsuche massiv erschweren.»

UND ZUM SCHLUSS: Wermuth will das Ausländerstimmrecht. Es helfe, Migrationsprobleme zu lösen. Blocher: «Darüber entscheidet zum Glück das Volk.»